

# Alle Tage

Morgen-Ausgabe

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

**Verlagspreis:** monatlich 3,40 Geldwert. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und unter Auszeichnung entgegen. — Höhere Ermäßigung bei Vorzug von Schabernack. —  
**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 91/92. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach-Postamt Leipzig 20 512.

**Halle-Saale**  
Dienstag, 2. September 1924

**Anzeigenpreis:** Die 8 Spalten zu 1000 bis 10000 Pfennig. Kleine Anzeigen zu 10 Pfennig. Samstagsblätter zu 10 Pfennig. Sonntagsblätter zu 10 Pfennig. Die 6 Spalten zu 1000 bis 10000 Pfennig. Rabat nach Art. 2. Verlagsvertrag Halle-Saale.  
**Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurierstr. 0890 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ebtele, Halle-Saale

# Amerikanischer Pessimismus zum Dawes-Gutachten

## Der neue Kriegszug gegen die Schuldlüge

### Der Prozeß beginnt!

Berlin, 1. September.

(Eigener Drahtbericht)

Zu dem GMS, das die deutsche amtliche Erklärung in der Kriegsschuldfrage in England und Frankreich gefunden hat, bemerkt das Organ des Reichsaußenministers, „Die Zeit“: „Dass die Befreiung der uns abgeprüften Westfront in der Kriegsschuldfrage den Verfall der Kriegsschuldfrage in den anderen Mächten bewirkt. Zukünftig finden würde, sich niemand erwarten. Der Augenblick jedoch, in dem Deutschland freiwillig schwere Lasten auf sich nimmt, die über den Rahmen des Versailles weit hinausgehen, der Augenblick also, in dem unter Deutschlands Mitwirkung die Welt in den nächsten Jahren die Folgen des Vertrags von Versailles ihren Anfang genommen hat, möchte auch von der deutschen Regierung dazu benutzt werden, neben der materiellen die moralische Mission in Angriff zu nehmen. Die Franzosen werden sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es sich hinsichtlich uns nicht um judicata handelt, denn eine erste Prüfung im Hinblick auf die Zukunft beginnt nur dem Beginn der öffentlichen Meinung der eigentlichen Menschheit, der mit der Freisprechung Deutschlands enden muß und wird. Das mag den Erwartungen von Versailles unangenehm sein. Wir fordern unser Recht!“

### Eine Antwort des Quai d'Orsay zur deutschen Kriegsschuldklärung

Paris, 1. September.

Der Wortlaut der Erklärung des Quai d'Orsay lautet: „Die französische Regierung hat noch keine offizielle Mitteilung von der öffentlichen Erklärung erhalten, die der deutsche Reichstag über die Verantwortlichkeit am Krieges abgegeben hat. Die französische Regierung wird, wenn diese Mitteilung an sie gelangt, unverzüglich die notwendige amtliche Antwort an Berlin gelangen lassen. Schon jetzt ist die öffentliche Meinung des Quai d'Orsay sich gegen die in der öffentlichen Erklärung des Reichstages (2), sondern auch den für mich Ausdrücken des Reichstages widerspricht, daß es sich um eine causa judicata, den Ausdruck, wie sie Lloyd George im Rahmen der Alliierten am 3. März 1921 gebrannt hat. Die öffentliche Meinung des Quai d'Orsay ist sich gegen die in der öffentlichen Erklärung des Reichstages (2), sondern auch den für mich Ausdrücken des Reichstages widerspricht, daß es sich um eine causa judicata, den Ausdruck, wie sie Lloyd George im Rahmen der Alliierten am 3. März 1921 gebrannt hat. Die öffentliche Meinung des Quai d'Orsay ist sich gegen die in der öffentlichen Erklärung des Reichstages (2), sondern auch den für mich Ausdrücken des Reichstages widerspricht, daß es sich um eine causa judicata, den Ausdruck, wie sie Lloyd George im Rahmen der Alliierten am 3. März 1921 gebrannt hat.“

### Houghton über die Deutschland-Anleihe

New-York, 1. September.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, der heute hier eintraf, um seinen kürzlich wegen der Zeichnung an der Londoner Konferenz abgetretenen Urlaub zu beenden, gab einige kurze

Erklärungen über die Lage Deutschlands

„Deutschland“, sagte der Botschafter, „hat den Dawesplan vollständig und endgültig angenommen und wird ihn in gutem Glauben durchführen. Die gesamte Anleihe ist besser gefast als jemals irgendeine andere internationale Anleihe. Wir doch der Meinung des ganzen deutschen Volkes als Sicherheit gesehen. Jeder deutsche Bundesstaat, ja sogar einzelne Reichskreise könnten diese Anleihe aufnehmen, und ausstehende Garantien bieten. Das Deutschland jetzt braucht, ist Kapital, und wir werden es bestzuzusetzen haben. Meine persönliche Überzeugung ist, daß sich anders Land der Welt keine besseren und gesicherteren Anleihegarant bietet.“

Houghton habe sofort nach Washington weiter, um die Angelegenheit des Dawes-Plan zu halten. Der durch seine Briefe des Reichstages bekannte ehemalige Botschafter des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, Frederick Wauson am erörtert im „New-York American“ die Ansicht des Dawes-Plan und kommt zu dem Schluss, daß es bestzuzusetzen Deutschland erlauben würde, daß zwei Jahre lang über Wasser zu halten. Deutschland werde nicht in der Lage sein, die auferlegte große Last auf die Dauer zu tragen. „Besten Endes wird der Dawes-Plan ein Scheitern sein, und zwar vor allem aus zwei Gründen: einmal der Dawes-Plan würde zu zahlen, während nicht vorhanden ist, als die endgültige Summe der Reparationslast nicht festgelegt ist und dann weiß Deutschland und auch die übrigen Mächte, beginnt einzutreten, daß die russische Forderung zum Teil erfüllt war, und daß die französische Regierung sie nicht anerkennen hat. Die russische Forderung haben aber diese beiden endgültig anerkannt, aber die französische Regierung hält trotz wiederholter Einladung, sie zu erfüllen, ihre Forderung unter Schutz und Mangel. Das für ein Erfolg kann nur einem Plan erzwungen werden, der zeitlich unbegrenzte Reparationen auferlegt auf einer Grundlage, die der Schuldner als

Die Bestimmung und die erneut einsetzende große Hitze waren am Erwachen einer stärkeren Kritik des Reichstagsbeschlusses in geschäftlichen Kreisen hinderlich. Die Börse verlor sich sehr ruhig, die Devisenkurse waren fast unverändert. Von führenden Zeitungen äußern sich bis jetzt nur das republikanische Blatt „The Sun“ und „Journal of Commerce“. Letzteres Blatt bezeichnet es als besonders erfreulich an dem aufstrebenden Gefühl des Reichstages, daß er die deutsche Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringe. Viele hervorragende Sachverständige, fährt das Blatt fort, beweielen, daß Deutschland die Bedingungen des Dawes-Planes werde erfüllen können, aber die zukünftige Entwidlung werde nicht so sehr von dem abhängen, was Deutschland leiste, als von dem, was es zu leisten vermag. „Journal of Commerce“ wirft die Frage auf, welchen Preis die deutsche Regierung der Nation für ihre Zustimmung bezahlt habe, und äußert die Befürchtung, Zugeständnisse an die Deutschnationalen könnten die Durchführung des Dawes-Planes ernsthaft gefährden. „Evening Post“ kann es sich nicht vertragen, auch bei dieser Gelegenheit Gift und Galle über die „hinterlistigen Deutschen“ auszugeben, was aber bei gänzlicher Einfühlungslosigkeit des Blattes nichts zu besagen hat. In diesem Kommentar kommt gleichfalls das holländische Blatt „Nieuwe Courant“ den Deutschnationalen zum Ausdruck, welche die erste Gelegenheit ergreifen würden, die Situation zu treiben, um den übernommenen Verpflichtungen zu entgehen.

Die übrigen Blätter äußern sich nicht weiter über den Beschluß des Reichstages. Nur die „Times“ bringen einen Hinweis auf die Ruhrbesetzung, der wie ein Gerücht anmutet, weil Poincarés Politik verurteilt, zugleich aber der tatsächliche Mißerfolg der Besetzung feststellt.

### Dr. Schacht in der Schweiz

Bürich, 1. September.

(Eigener Drahtbericht)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern abend aus Italien kommend hier eingetroffen und äußerte sich sehr optimistisch über seine künftigen Verhandlungen. Die der Vertreter des R. B. G. erfolgt, verhandelt Dr. Schacht mit der Nationalbank über den Fall der Übernahme einer Anleihequote von 75 Millionen Mark.

### Die Reparationskommission nimmt von der Annahme der Dawes-Gesetze Kenntnis

Paris, 1. September.

(Eigener Drahtbericht)

Die Reparationskommission ist heute von der Kriegskostenkommission Frankreichs davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie zur Durchführung des Dawes-Gutachtens notwendigen Elemente in der Notwendigkeit verbleibt und von der Regierung in Kraft gesetzt worden sind. Die Reparationskommission trat heute Nachmittag zusammen, um von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen und um die erste Mitteilung zu machen, die im Artikel 3 Absatz 3 des Londoner Schuldenprotokolls vorgesehen ist, nämlich daß die erste Bedingung des Dawes-Gutachtens erfüllt ist.

### Zu den Koblenzer Verhandlungen mit der Rheinlandkommission

Koblenz, 1. September.

(Eigener Drahtbericht)

Zur Durchführung des Londoner Abkommens beginnen hier am Dienstag vormittag die Verhandlungen der Vertreter der deutschen Regierung und der Regierungen der deutschen Länder, die von der Besetzung betroffen sind, mit der Rheinlandkommission. Die Verhandlungen, die voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen werden, werden sich vor allem mit der Frage der von der französischen und belgischen Regierung im besetzten Gebiet beschlagnahmten staatlichen Wälbungen beschäftigen. Es handelt sich auf deutscher Seite vor allem darum, festzustellen, inwieweit Holz von der französisch-belgischen Forstregie während der Beschlagnahme gestohlen und welche Summen für Ersatz zu zahlen, weil der Erfolg des deutschen Entschädigungsanspruchs gutgeschrieben werden muß.

### Mißhandlung eines Schutzpolizeibeamten durch einen französischen Offizier

Duisburg, 1. September.

Wie gemeldet, wurde dieser Tage ein hiesiger Schutzpolizeibeamter, der als Verkehrsposten an einem der belebtesten Punkte der Stadt Dienst verricht, wegen Unterlassung des Grusses (!) von einem französischen Offizier mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wobei der Besondere von der Geschäftstätigkeit entbunden war, was aus einer weißen

Armbinde, auf die der Mißhandelte vergebens hinwies, deutlich hervorging. Namentlich hat, wie bekannt wird, der Oberbürgermeister von Duisburg an den Oberkommandierenden General des belgischen Infanterie-Regiments ein Schreiben gerichtet, in dem er mittelte, er könne nicht dafür einstehen, daß in der belgischen Hauptstadt die Mißhandlungen auf offener Straße wiederholt werden. Die belgischen Verantwortlichen sind, wenn er nicht im Vertrauen auf das Gewissen der belgischen Befehlshaber die Gewissheit hat, daß ihm die erforderliche Genugtuung wird. Oben würde sich die Stadt genötigt sehen, die Verleumdungen einzuziehen, wenn für die Zukunft weiter damit zu rechnen wäre, daß diese Vorfälle und ähnliches den Gewissenshaftigkeit eines Offiziers ausgesetzt werden.

### Abbau des französischen Propagandadienstes

Offen, 1. September.

Am 3. September wird der französische Nachrichtenendienst, der mit dem Interieur, der Justiz und der Informationsministerien für das besetzte Ruhrgebiet in Düsseldorf bisher existieren ist, sein Existenz einstellen. Das Blatt erscheint seit April 1923 täglich und hat eine Auflage von 100.000. Es wurde in der belgischen Hauptstadt von dem „Angehörigen“ hergestellt und kostenlos verteilt.

### Der Aufsichtsrat der neuen Notenbank

Paris, 1. September.

Nach dem Sachverständigenrat hat bekanntlich der aus dem Reichsbankpräsidenten und Sir Robert Anderson bestehende Organisationsausschuß für die neue deutsche Notenbank die besten ausländischen Mitglieder des Aufsichtsrats der Bank zu ernennen. Nach dem „Paris Post“ soll Sir Anderson als amerikanischer Kandidat des Aufsichtsratsmitglied der New-Yorker Bank „Mechanics and Metals“, Mr. Garrah, vorzuschlagen beschließen. Nach dem gleichen Blatt sollen dem ehemaligen Mitglied des zweiten Godwin-Komitees, Robinson, und dem Vorliegenden der amerikanischen Bankfactor Comp. zwei von den in London vorgeschlagenen Sachverständigen angetrauen werden.

Der Präsident der „Mechanics and Metals National Bank“ in New-York, Mr. Garrah, hat den ihm angebotenen Posten in der neuen Reichsbank angenommen. Er steht im 62. Lebensjahre.

### Zu den Micumverhandlungen

Gefier, 1. September.

Die bei den gegenwärtigen Micumverhandlungen noch bestehenden Schwierigkeiten liegen darin, daß die Micum-Verhandlungen die letzten Verhandlungen für die ganze Dauer des Protokolls bis 31. Oktober festlegen will. Der Ausbruch dagegen glaubt, die hohe Weltung auf so lange Zeit nicht mehr auf sich nehmen zu können. Es bestehen ferner noch Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Besatzung, die dem ehemaligen Mitglied des zweiten Godwin-Komitees, Robinson, und dem Vorliegenden der amerikanischen Bankfactor Comp. zwei von den in London vorgeschlagenen Sachverständigen angetrauen werden.

### Abjektiv der Marinekontrolle in Deutschland

Paris, 1. September.

Am „Echo de Paris“ wird aus Berlin mitgeteilt, daß die internationalisierte Marinekontrollkommission demnächst Deutschland verlassen wird, nachdem deutschseitig die im Mai 1923 von der Wirtschaftskommission aufgestellten Forderungen: Auslieferung des bestellten Materials und Zustimmung zur Kontrolle der an Land transportierten Waffen der deutschen Marine gebilligt worden sind. Die Kontrolle der an Land transportierten Marinegüter wird nach dem Korrespondenten an die Militärkontrollkommission übergehen.

### Die Erbergermörder

Berlin, 1. September.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung am Sonntag mit der Frage der Auslieferung der beiden in Ungarn verhafteten Erbergermörder beschäftigt. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der ungarischen Regierung über die Auslieferung sind jedoch nach nicht abgeschlossen.

### Wieder ein Sprengkörper in der Berliner Börse gefunden

Berlin, 1. September.

Deute vormittag wurde am Eingang zu den im Westen, gebäude befindlichen Weinsteller der Firma Wörber eine Bombe gefunden. Die sofort benachrichtigten Polizei-Beamten sind mit der Untersuchung des Verfalls beschäftigt. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Sprengkörper handelt, der tatsächlich gezeichnet war, größeres Aufsehen anzuregen, zumal er verdient der sorgfältigen Beachtung, der in verhältnismäßig kurzer Zeit der „Echo de Paris“ unheimliche in der Börse beim ersten Bekleidungen





